

Stoppt den Völkermord! Für einen Richtungswechsel in der deutschen Nahost- Politik!

**Keine Waffen
an Israel!**

Das unerträgliche Leid in Gaza dauert an, Tag für Tag, seit anderthalb Jahren. Über 50.000 Menschen starben bisher nach offiziellen Zahlen, davon 70 Prozent Frauen und Kinder. Experten schätzen die Opfer infolge der Hungerblockade und der Zerstörung aller medizinischen Einrichtungen im Gazastreifen noch weit höher. Die Vereinten Nationen nennen Gaza den »Ort mit dem größten Hunger der Welt«. Amnesty International und Human Rights Watch sprechen von Völkermord.

Deutschland ist nach internationalem Recht mitschuldig. Mit Waffenlieferungen und diplomatischer Schützenhilfe haben die deutschen Regierungsparteien Israels Angriffe auf die palästinensische Zivilbevölkerung unterstützt. Die abgewählte Regierung aus SPD, Grünen und FDP verzehnfachte die Waffenlieferungen an Israel. Die neue Regierungskoalition aus CDU und SPD hat in einer ihrer ersten Amtshandlungen weitere Waffenlieferungen bewilligt. Auch die opportunistische Partei Die Linke trat diesem Regierungskurs in der Vergangenheit nicht entgegen.

İsrail'e silah sevkiyatına hayır!

لا لتسليح إسرائيل!

Das **BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht)** hingegen stellt sich seit seiner Gründung im Januar 2024 konsequent gegen Deutschlands Beihilfe zu Israels Kriegsverbrechen.

Im Januar 2024 startete das **BSW** den internationalen Aufruf »Parliamentarians for Ceasefire«, der einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza forderte. Von der AfD bis zur Linken weigerten sich fast alle deutschen Abgeordneten, ihn zu unterstützen. Nur das **BSW** stimmte geschlossen dafür.

Im Juni 2024 stellte das **BSW** im Bundestag den Antrag »**Keine Waffen für den Krieg in Gaza: Rüstungsexporte an Israel stoppen**«. Alle anderen Parteien – einschließlich der Linken – blockierten den **BSW**-Antrag und sorgten dafür, dass Deutschland Israels zweitwichtigster Waffenlieferant blieb.

Als einzige Partei stimmte das **BSW** im November 2024 und im Januar 2025 gegen die sogenannten Antisemitismus-Resolutionen des Bundestags, die jede Kritik an Israels Besatzungs- und Vernichtungspolitik, auch die Kritik jüdischer Antizionisten, als »antisemitisch« diffamieren und das Grundrecht auf Meinungsfreiheit einschränken.

Im Juni 2025 verabschiedete der Parteivorstand des **BSW** den Beschluss »**Stoppt den Völkermord in Gaza**«. ([abrufbar unter https://bsw-vg.de](https://bsw-vg.de))

Das **BSW** steht – anders als die aktuell im Bundestag vertretenen Parteien – glaubwürdig für einen Richtungswechsel in der deutschen Nahost-Politik. Nicht aus politischem Opportunismus, sondern aus der grundsätzlichen Überzeugung: Das Recht der einheimischen Bevölkerung Palästinas, in Frieden, Freiheit und Menschenwürde zu leben, muss umgesetzt werden!